

V17 Ein Aufschwung für Wirtschaft, Staat und Gerechtigkeit

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 04.06.2024
Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Ein Aufschwung für Wirtschaft, Staat und 2 Gerechtigkeit

3 Jahrzehntlang hat sich Deutschland in immer stärkere Abhängigkeit von fossilen
4 Energieimporten begeben. Nicht zuletzt die Abhängigkeit von günstigem Gas aus
5 Russland stieg zuletzt auf bis zu 55 Prozent und unterstützte damit jahrelang
6 ein System, das heute einen abscheulichen Krieg gegen die Ukraine führt,
7 unsagbares Leid verursacht und die gesamte Region destabilisiert. Diese Probleme
8 werden seit dem 24. Februar 2022 von Wirtschaft und Politik mit voller
9 Konsequenz adressiert. Unser Land aus dieser Abhängigkeit zu befreien, bindet
10 enorme politische und volkswirtschaftliche Kraft, Energiepreise sind gestiegen
11 und die Verunsicherung ist gewachsen, im Ergebnis zeigt sich eine Stagnation der
12 Wirtschaft.

13 Das hat Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Ob im Bund, in den Ländern
14 oder in den Kommunen: Die Kassen sind angespannt, gleichzeitig ist der
15 Investitionsbedarf hoch wie nie.

16 Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gehen wir GRÜNE konstruktiv und
17 verantwortungsvoll damit um und handeln entsprechend. Neben dem Lösen von
18 Investitionsbremsen durch Beschleunigung von Planungs- und
19 Genehmigungsverfahren, dem Abbau bürokratischer Lasten und dem beschleunigten
20 Aufbau einer klimaneutralen, günstigen und widerstandsfähigen Energieversorgung
21 priorisieren wir Aufgaben und Projekte sorgfältig. Konkret heißt das zum
22 Beispiel: Nicht jedes Förderprogramm, das irgendwann einmal gestartet wurde,
23 kann weiterlaufen. Nicht jedes wünschenswerte Projekt kann wie geplant umgesetzt
24 werden.

25 Klar ist aber auch: Der Investitionsbedarf der Republik in die klimaneutrale
26 Transformation wird auf rund fünf Billionen Euro geschätzt, was jährlichen
27 Zusatzinvestitionen von etwa 100 Milliarden Euro entspricht. Die USA zeigen,
28 dass dadurch ein enormer Aufschwung möglich ist, von dem die Breite der
29 Gesellschaft profitiert. Wir sollten diese Chance weder liegen lassen noch den
30 Anschluss daran verlieren. Wir müssen investieren; staatlich und privat. Allein
31 mit Einsparungen in den laufenden Haushalten sind diese Summen nicht zu
32 realisieren. Davon unabhängig kann ein sozialpolitischer Kahlschlag aus grüner
33 Sicht nicht die Antwort auf die Zeitenwende sein.

34 Dazu kommt, dass die Zeitenwende eine ganze Reihe neuer Ausgabennotwendigkeiten
35 mit sich bringt. Deutschland muss sich darauf einstellen, seine
36 Sicherheitsausgaben weiter zu steigern, um der wachsenden Bedrohung unserer
37 Sicherheits- und Friedensordnung wirksam entgegenzutreten zu können. Diese
38 Realität haben wir uns weder gewünscht noch ausgesucht.

39 Unter diesen neuen Realitäten bremst die Einhaltung der aktuell im Grundgesetz
40 verankerten Schuldenregeln das Land und seine Zukunftsfähigkeit. Notwendige
41 Investitionen in Infrastruktur, Transformationsprojekte und gesellschaftlichen
42 Zusammenhalt können nicht mehr im notwendigen Umfang finanziert werden. Das
43 werden die Menschen in unserem Land spüren. So wie wir heute die versäumten
44 Investitionen der vergangenen 20 Jahre bemerken, werden wir in 20 Jahren mit den
45 versäumten Investitionen von heute umgehen müssen. Der Unterschied ist, dass die
46 notwendigen Investitionen, die heute getätigt werden müssen, nicht nur die
47 öffentliche Infrastruktur betreffen, sondern gleichzeitig in den Unternehmen
48 erfolgen müssen, um den Industriestandort Nordrhein-Westfalen erhalten zu
49 können.

50 Unser Staat hat grundsätzlich die Fähigkeit, finanzielle Sicherheit zu
51 gewährleisten, die weit über das hinausgeht, was privatwirtschaftliche
52 Unternehmen oder der freie Markt leisten können. Es ist daher unerlässlich, dass
53 er seine Handlungsfähigkeit aktiv unter Beweis stellt. Diese Handlungsfähigkeit
54 muss gesichert sein. Nur so kann der Staat seiner Rolle gerecht werden und die
55 notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, um eine nachhaltige und
56 zukunftsorientierte Infrastruktur zu fördern.

57 Es wäre ein großer Fehler, diese Mehrausgaben dadurch zu finanzieren, die Axt an
58 die soziale Infrastruktur anzulegen, wie es jetzt einige fordern. Äußere
59 Sicherheit auf Kosten innerer oder sozialer Sicherheit zu erreichen, verbreitert
60 gesellschaftliche Gräben und wäre damit auch ein Konjunkturprogramm für
61 Demokratiefeinde. Genauso falsch wäre es, Deutschlands internationales
62 Engagement im humanitären, entwicklungs- oder klimapolitischen Bereich
63 abzuwickeln. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die immer deutlicher
64 zutage tretenden Auswirkungen der Klimakrise - die Welt ist heute eine andere
65 als noch vor 20 Jahren. Dieser veränderten Welt kann man nicht mit einer
66 überholten Haushalts- und Finanzpolitik begegnen. Und doch wollen einige
67 weiterhin „Normalität“ simulieren, statt die neuen Realitäten auch fiskalisch
68 abzubilden. Die Schuldenregeln im Grundgesetz und in einigen Landesverfassungen
69 sind weder Naturgesetz noch göttliche Fügung. Sie waren vor 15 Jahren das
70 Ergebnis einer Mehrheitsbildung als Folge der Finanzkrise. Sie können angepasst
71 werden – mit neuen Mehrheiten für neue Zeiten.

72 Die Notwendigkeit für eine fiskalpolitische Zeitenwende erkennen nicht nur wir.
73 In den vergangenen Monaten und im Lichte der wirtschaftlichen Lage fordern immer
74 mehr Expert*innen eine grundlegende Reform der Schuldenregeln. Konservative und
75 arbeitgebernahe Ökonom*innen, viele Unternehmen und ihre Verbände,
76 Gewerkschaften, der Sachverständigenrat (die „Wirtschaftsweisen“) und nicht
77 zuletzt Ministerpräsidenten der CDU - sie alle sprechen sich dafür aus, Kredite
78 über die bislang starren Grenzen hinaus zu ermöglichen. Renommiertere
79 Volkswirtschaftler*innen schlagen eine Vermögenssteuer vor und sogar der Bund
80 der Steuerzahler spricht sich für einen höheren Spitzensteuersatz für
81 Einkommensmillionär*innen aus. Große Sozial- und Umweltverbände stützen unsere
82 Forderung nach Einführung eines Klimageldes zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

83 Wir wollen den Menschen und den Unternehmen ihre Zuversicht wiedergeben. Deshalb
84 wollen wir öffentliche und private Investitionen fördern und den öffentlichen
85 Haushalten, insbesondere den Kommunen, wieder mehr Möglichkeiten geben, die
86 notwendige klimaneutrale und digitale Modernisierung aktiv zu unterstützen.

87 Als GRÜNE haben wir dazu auf allen Ebenen konstruktive Vorschläge gemacht
 88 appellieren an unsere Koalitionspartner*innen und Mitbewerber*innen, zum Wohle
 89 unseres Landes gemeinsam einen Weg aus der verhärteten Debatte zu finden.

90 Mona Neubaur hat als NRW-Wirtschaftsministerin einen Vorschlag für einen
 91 Investitions-Booster zur Förderung privater Investitionen in klimafreundliche
 92 Maßnahmen gemacht. Jedes Unternehmen, das in klimafreundliche Maßnahmen
 93 investiert, soll darüber eine Steuergutschrift von 25 Prozent des
 94 Investitionsbetrags über den Abschreibungszeitraum erhalten. Damit kann der
 95 Staat mit jedem Euro das Dreifache an privaten Mitteln mobilisieren. Förderfähig
 96 wären Maßnahmen wie Investitionen in Schieneninfrastruktur, Wasserstoffnetze,
 97 energetische Gebäudesanierungen, Elektromobilität sowie Forschung und
 98 Entwicklung. Damit orientiert sich der Investitions-Booster an einem
 99 vergleichbaren Instrument des US-amerikanischen Inflation Reduction Act.

100 Die GRÜNE Bundestagsfraktion hat ihrerseits den „Deutschland-Investitionsfonds
 101 für Bund, Länder und Kommunen“ als Vorschlag entwickelt. Mit diesem Fonds sollen
 102 umfangreiche öffentliche Investitionen zweckgebunden in die Modernisierung und
 103 Dekarbonisierung der Wirtschaft sowie in Zukunftstechnologien ermöglicht und
 104 private Investitionen mit öffentlichen Geldern unterstützt werden. Der Fonds
 105 soll wichtige Infrastrukturprojekte wie den Ausbau und die Elektrifizierung des
 106 Schienennetzes, die Verbesserung der Radinfrastruktur und den Aufbau der
 107 Wasserstoffinfrastruktur fördern. Zudem stellt er Mittel für Kommunen bereit, um
 108 dringend notwendige Investitionen in Schulbauten, Krankenhäuser, den
 109 öffentlichen Nahverkehr, bezahlbaren Wohnraum und Freizeiteinrichtungen zu
 110 ermöglichen.

111 Mit dem Deutschlands-Investitionsfonds soll auch Ländern und Kommunen die
 112 Möglichkeit eröffnet werden, ihre Zukunftsinvestitionen verstärkt über Kredite
 113 zu finanzieren. Dazu könnte im Grundgesetz nicht nur der Verschuldungsspielraum
 114 für den Bund, sondern auch für die Länder angepasst werden, die nach derzeitiger
 115 Rechtslage keinerlei Schulden machen dürfen.

116 Den Vorschlägen gemein ist, dass sie eine klare wirtschaftliche
 117 Zukunftsorientierung haben und damit ein Angebot an die Breite der politischen
 118 Landschaft formulieren, indem sie

- 119 • Notwendige Investitionen erleichtern - öffentliche und private,
- 120 • Den staatlichen Haushalten, gerade auch den kommunalen,
 121 Handlungsspielräume öffnen
- 122 • Transparent machen, was offensichtlich ist und Schluss machen mit dem
 123 Streit um vermeintliche oder reale Buchungstricks,
- 124 • Ausgaben für wirtschaftlichen Wohlstand nicht ausspielen gegen jene in die
 125 soziale Infrastruktur und damit den sozialen Frieden im Land wahren und
- 126 • Deutschland international anschlussfähig aufstellen und den
 127 Wirtschaftsstandort im harten Wettbewerb um die Zukunftstechnologien und -
 128 Industrien stärken.

129 Als GRÜNE in Nordrhein-Westfalen unterstützen wir diese Vorschläge und werben
130 aktiv dafür, die Debatte um eine zukunftsfähige Haushalts- und Finanzpolitik
131 offen und pragmatisch zu führen.

Begründung

erfolgt mündlich

V18 Hochwasser und Überflutungen - Vorfahrt für Katastrophenschutz, Klimaschutz und Klimaanpassung

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 13.06.2024
Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 **Hochwasser und Überflutungen - Vorfahrt für**
2 **Katastrophenschutz, Klimaschutz und**
3 **Klimaanpassung**

4 Die heftigen Überschwemmungen in Süddeutschland zeigen erneut den dringenden
5 Handlungsbedarf bei Katastrophenschutz, Klimaanpassung und Klimaschutz. Flüsse
6 treten häufiger über die Ufer und gefährden Menschenleben und Lebensgrundlagen.
7 Wir gedenken der Opfer und danken den Helfer*innen, die unter gefährlichen
8 Bedingungen im Einsatz waren. Sie haben ihr Leben riskiert oder gar verloren im
9 Einsatz für Menschen in Gefahr.

10 **Katastrophenschutz**

11 Die Klimakrise trifft uns jetzt, und wir müssen in den Schutz von Menschen und
12 Infrastruktur investieren. Haupt- und ehrenamtliche Katastrophenschützer*innen
13 leisten unschätzbar wertvolle Arbeit, wofür wir dankbar sind und Respekt zollen.

14 Wir streben eine bessere Koordination von Bund und Ländern an. Einheitliche
15 Standards und eine Stärkung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und
16 Katastrophenhilfe (BBK) sind unerlässlich. Effiziente Warnsysteme mit einem
17 breiten Warn-Mix müssen verbessert und verbindliche
18 Katastrophenschutzbedarfspläne umgesetzt werden.

19 Katastrophen wie Hochwasser machen keinen Halt an Landesgrenzen. Daher muss auch
20 die rechtliche Stellung von ehrenamtlichen Katastrophenschützer*innen
21 übergreifend gesichert werden. Ihre Ausbildung und Fortbildung müssen
22 langfristig unterstützt werden. Wir setzen uns für eine deutschlandweit
23 harmonisierte Regelung zur Helfergleichstellung ein, damit ehrenamtliche Kräfte
24 für Einsätze freigestellt werden können.

25 **Katastrophenhilfe**

26 Wir lassen niemanden allein. Der Staat wird auch bei zukünftigen Ereignissen
27 solidarisch bei der Bewältigung der Schäden helfen müssen. Ohne
28 Versicherungsschutz droht betroffenen Menschen jedoch der finanzielle Ruin. Wir
29 befürworten daher eine gesetzliche und sozial verträgliche Versicherungspflicht
30 gegen Elementarschäden.

31 Klimaanpassung

32 Unsere beste Verbündete im Kampf gegen Hochwasser und andere
33 Extremwetterereignisse ist die Natur. Gesunde Flussauen und natürliche
34 Überflutungsflächen sind effektive Schutzschilde. Durch Renaturierung und
35 Schaffung solcher Flächen können wir Hochwasserwellen brechen und das Wasser
36 besser in der Landschaft halten.

37 Wir haben bereits einiges vorzuweisen, wie das Klimaanpassungsgesetz, die
38 derzeit erarbeitete nationale Klimaanpassungsstrategie die nationale
39 Wasserstrategie und das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz. Doch es bleibt
40 mehr zu tun. Wir müssen stabile Deiche, besseren Katastrophenschutz und
41 natürlichen Hochwasserschutz gesetzlich verankern. Dafür sehen wir es als
42 dringend an, dass Bund und Länder ein neues Hochwasserschutzgesetz auf den Weg
43 bringen. Eine beschleunigte Planung für Klimaanpassung ist notwendig. Projekte
44 wie Deichrückverlegungen, Schwammstädte, Auen- und Moorrenaturierung sowie
45 naturnahe Wälder müssen stärker unterstützt werden. Das EU-Renaturierungsgesetz
46 als wichtiges Instrument für Klimaschutz und Klimaanpassung muss beschlossen und
47 effektiv umgesetzt werden. Maßnahmen der Klimaanpassung müssen als
48 gemeinschaftliche Aufgabe von Bund und Ländern ausreichend finanziert sein.

49 Klimaschutz

50 Das beste Mittel gegen die Klimakrise ist Klimaschutz. Unser Ziel bleibt, NRW
51 zur ersten klimaneutralen Region zu machen. Gemeinsam mit Unternehmen, die
52 bereits grün wachsen, zeigen wir: Klimaneutralität ist ein Gewinn für Menschen,
53 Natur und Wirtschaft.

V19 Keine Abschiebungen nach Afghanistan oder Syrien, Keine Asylverfahren in Drittstaaten, Keine Abschiebung bei Likes!

Antragsteller*in: Petra Lippegaus (KV Paderborn)

Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Keine Abschiebungen nach Afghanistan oder 2 Syrien, Keine Asylverfahren in Drittstaaten, 3 Keine Abschiebung bei Likes!

- 4 1. Bündnis 90/Die Grünen NRW lehnt mit Verweis auf die Menschenrechte
5 Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien ab.
- 6 2. Wir lehnen Modelle zur Auslagerung von Asylverfahren ab und verteidigen
7 konsequent das Grundrecht auf Asyl.
- 8 3. Wir lehnen den Gesetzentwurf zur Verschärfung des Ausweisungsrechts im
9 Aufenthaltsgesetz ab.

10 Keine Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien

11 Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien sind menschenrechtswidrig. In beiden
12 Ländern gibt es Folter und andere schwere Menschenrechtsverletzungen, die
13 jegliche Abschiebungen völkerrechtlich verbieten. So verweist Pro Asyl auf die
14 Rechtslage: „Niemand darf abgeschoben werden, wenn nach der Abschiebung Folter
15 oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung droht. Das
16 ergibt sich aus dem absoluten Folterverbot, das unter anderem in Artikel 3 der
17 Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und Artikel 4 der EU-
18 Grundrechtecharta normiert ist. Dieses Verbot ist absolut und gilt
19 uneingeschränkt für alle Menschen – auch für Personen, die Straftaten begangen
20 haben. Ihre Strafen müssen sie in Deutschland verbüßen.“

21 Auch der frühere CDU-Ministerpräsident des Saarlandes und ehemalige
22 Verfassungsrichter Peter Müller spricht von "billigem Populismus". Wir fordern:
23 Die Asyl- und Migrationspolitik der Bundesrepublik muss im Rahmen der
24 unveräußerlichen und unverletzlichen Menschenrechte bleiben. Die
25 Lageeinschätzung in Afghanistan darf nicht schon wieder politisch unrealistisch
26 gefälscht werden, um Abschiebungen zu ermöglichen. Die aktuelle Lage lässt laut
27 Gerichtsurteilen in Deutschland und des EGMR keine Rückführungen nach
28 Afghanistan oder Syrien zu.

29 Abgeschobene, Rückkehrer*innen und ihre Familien sind in Afghanistan in großer
30 Gefahr, das belegt eine Studie von der Diakonie und Brot für die Welt. Sie kommt
31 zu dem Ergebnis, dass für diese Personengruppe ein erhöhtes Risiko für
32 Verfolgung besteht.

33 Auch für Syrien stellt laut Tagesschau das Auswärtige Amt in einem Bericht fest:
34 "Eine sichere Rückkehr Geflüchteter kann derzeit für keine Region Syriens und
35 für keine Personengruppe gewährleistet, vorhergesagt oder gar überprüft werden".

36 Wir lehnen es zudem ab, Geld an die Taliban zu zahlen oder sie diplomatisch als
37 legitime Regierung anzuerkennen, um über Abschiebungen zu verhandeln. Der
38 Counterpart von Nancy Faeser - der afghanische de-facto Innenminister - Haqqani
39 ist ein international gesuchter islamistischer Topterrorist. Auf seine
40 Ergreifung sind 10 Millionen US-Dollar Kopfgeld vom FBI ausgesetzt.
41 Abschiebungen über Nachbarländer wie Usbekistan oder Pakistan haben die Taliban
42 bereits ausgeschlossen.

43 Ablehnung der Modelle zur Auslagerung von Asylverfahren in 44 Drittstaaten („Ruanda-Modelle“)

45 Großbritannien versucht seit Jahren erfolglos, Asylverfahren an Ruanda
46 auszulagern. Selbst wenn Gerichte das ermöglichen würden, sind die exorbitanten
47 Kosten von 500.000-2.000.000 Euro pro Abgeschobener Person ein Beleg dafür, dass
48 es sich hier um eine asylopolitische, populistische Sackgasse handelt. Das
49 Albanien-Modell, das von der postfaschistischen Regierung Italiens
50 vorangetrieben wird, ist auf Deutschland nicht übertragbar, da die betroffenen
51 Personen dafür in internationalen Gewässern aufgegriffen werden müssen. Eine
52 Gerichtsentscheidung zur rechtlichen Zulässigkeit des Modells in Italien steht
53 noch aus.

54 Wir lehnen Modelle zur Auslagerung von Asylverfahren ab und verteidigen
55 konsequent das Grundrecht auf Asyl. Damit schließen wir Grüne NRW uns den
56 Positionierungen zahlreicher Sachverständiger, des UNHCR und
57 Menschenrechtsorganisationen an, die vor menschenrechtlichen Problemen warnen.
58 Die Erfahrung mit bisherigen Modellen zeigt einer Stellungnahme vom Amnesty
59 zufolge, dass bisher kein Versuch der Auslagerung von Asylverfahren ohne
60 Menschenrechtsverletzungen auskam.

61 Wir stimmen Pro Asyl zu: „Mit diesem Vorschlag würde das Asylrecht in Europa
62 faktisch abgeschafft. Denn Menschen, die vor Kriegen und Verfolgung fliehen,
63 könnten auf dieser Basis in Deutschland und der Europäischen Union keinen Schutz
64 mehr bekommen. Die Bundesregierung sollte von diesem Irrweg klar Abstand nehmen
65 und sich stattdessen für die Achtung internationaler und europäischer
66 Schutzstandards, für eine effektive Unterstützung der Kommunen und für sichere
67 Fluchtwege einsetzen.“

68 Es muss Schluss sein, mit dem gegenseitigen Überbietungswettbewerb mit immer
69 noch radikaleren Forderungen.

70 Rechtsstaatliche Grundsätze müssen unangetastet bleiben: 71 Mehr Ressourcen für die Strafverfolgung statt Like-Polizei

72 Hasskriminalität, Desinformation und Radikalisierung im Netz sollte stärker
73 bekämpft werden. Deswegen begrüßen wir im Grundsatz die Initiative der
74 Bundesregierung, einen verstärkten Fokus darauf zu legen. Der aktuelle
75 Gesetzentwurf zur Verschärfung des Ausweisungsrechts wirft jedoch erhebliche
76 Fragen auf. Das eigentliche Ziel, Terror und Hass im Netz zu bekämpfen, wird
77 dieser Gesetzentwurf unserer Auffassung nach so nicht erreichen.

78 Die "Billigung", das Verbreiten von terrorverherrlichenden Inhalten, soll laut
79 Gesetzentwurf ausreichen, damit ein „schweres Ausweisungsinteresse“ vorliegt.

80 Diese sehr unspezifische Formulierung könnte übereinstimmenden Medienberichten
81 zufolge und unter Berufung auf ein Gerichtsurteil im Anhang des Gesetzentwurfes
82 auch Likes und Kommentare in sozialen Netzwerken einbeziehen. Eine
83 strafrechtliche Verurteilung soll vor einer Ausweisung nicht notwendig sein. Wir
84 wollen in unserem Rechtsstaat keine Like-Polizei, die Bürgerinnen und Bürger
85 massiv überwacht und Strafen verhängt, wenn man aus Versehen die falschen
86 Beiträge liked. Stattdessen brauchen wir endlich genügend Ressourcen, um die
87 wirklichen Verbrecher dingfest zu machen.

88
89 Wer schon einmal mit Hassverbrechen im Netz konfrontiert war, weiß, wie
90 überlastet und überfordert die Strafverfolgungsbehörden sind. Kaum ein Täter
91 wird gefasst. Hier braucht es endlich eine angemessene Ausstattung der
92 Strafverfolgungsbehörden, damit Straftäter sich durch Straflosigkeit nicht
93 länger in ihren Taten bestärkt fühlen, Hass schüren und Menschen mit
94 extremistischer Ideologie verführen können.

95
96 Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, im parlamentarischen Verfahren dafür zu
97 sorgen, dass hier keine Regeln geschaffen werden, die willkürliches
98 Behördenhandeln fördern oder rechtliche Unklarheiten verschärfen. Law-and-Order-
99 Schnellschüssen sollten wir klare Absagen erteilen.

100 Die aktuellen Debatten um Auslagerung und Abschiebung leisten keinen ernsthaften
101 Beitrag zur Lösung der Fragen von Migration oder Asyl und erst nicht zu
102 Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten. Der Abbau
103 von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit wird nicht zu Verbesserungen
104 beitragen, sondern das vorhandene Chaos und Leid noch verschärfen

105
106 Wir stellen uns klar gegen eine Politik der unrealistischen Polemik, die
107 Erwartungen weckt, die sie nie erfüllen kann. Stattdessen brauchen wir einen
108 ernsthaften Politikstil, der die Arme hochkrepelt, die Menschenwürde in Sprache
109 und Praxis achtet und sich der Lösung konkreter Probleme widmet. Weniger
110 sinnlose Bürokratie, mehr Investments in die Integration und einen Turbo für die
111 Arbeitsmarktintegration sind ebenso wichtig, wie eine Infrastruktur bei Bildung,
112 Gesundheit und Wohnen, die dem Einwanderungsland Deutschland gerecht wird.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit

Die Beschlüsse der Ministerpräsident*innenkonferenz wurden erst am 20.06. gefasst. Der Kabinettsbeschluss zur Verschärfung des Ausweisungsrechts wurde am 26.06. gefasst. Relevante Stimmen zur Unterstützung von Rückführungen nach Afghanistan wurden erst in den letzten Tagen lauter, sodass hier eine Diskussion und Positionierung drängt.

Unterstützer*innen

Sabine Yüendem (KV Remscheid); Cim Kartal (KV Bielefeld); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Patrick Jedamzik (KV Gelsenkirchen); Helena Jamal (KV Essen); Meike Gerwin (KV Gelsenkirchen); Petra Balje (LV Grüne Jugend NRW); Günther Bunte-Esders (KV Düsseldorf); Gaby Grosser-Tatoglu (KV Bielefeld); Emelie Segler (KV Minden-Lübbecke); Salvatore Mancuso (KV Köln); Denise Frings (KV Wuppertal);

Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf); René Knott (KV Minden-Lübbecke); Svenja Bloom (KV Münster); Judith Erichlandwehr (KV Kleve); Jenny-Mai Guse (KV Düsseldorf); Lilli Hampeter (KV Düsseldorf); Clara Padberg (KV Bochum); Irmgard Pehle (KV Herford); Anja Boenke (KV Leverkusen); Selim Korkutan (KV Recklinghausen); Yousra El Makrini (KV Düsseldorf); Fabian Schalm (KV Düsseldorf); Sanjev Vijayakumar (KV Recklinghausen)